

Meilenstein im Verhältnis mit Italien

Liechtenstein und Italien haben sich auf ein Steuerinformationsabkommen (TIEA) geeinigt. Der Liechtensteinische Bankenverband begrüsst die erzielte Einigung einschliesslich des Zusatzprotokolls als wichtigen Meilenstein im Verhältnis zu Italien und den italienischen Kunden.

GÜNTHER FRITZ

VADUZ. Wie die Regierung gestern mitteilte, haben Liechtenstein und Italien am 10. Februar die Verhandlungen zur Unterzeichnung eines Steuerinformationsabkommens (TIEA) sowie eines Zusatzprotokolls abgeschlossen und weitere Schritte der steuerlichen Zusammenarbeit festgelegt. Zurzeit bereiten die beiden Staaten die Unterzeichnung vor, die noch im Februar 2015 stattfinden soll.

Bevor der AIA kommt

Die Einigung erleichtert nach den Ausführungen der Regierung die Regularisierung von un versteuerten Geldern vor der Einführung des automatischen Informationsaustausches (AIA) und bietet Rechtssicherheit für italienische Kunden und die liechtensteinischen Finanzintermediäre. Mit dem Inkrafttreten des TIEA werden vorhandene Beschränkungen aufgehoben, die auf dem fehlenden Informationsaustausch beruhen. Das Abkommen soll nach der Inkraftsetzung für Tatbestände ab dem Tag der Unterzeichnung anwendbar sein.

Wertvolles Zusatzprotokoll

Italienische Steuerpflichtige mit Vermögen in Liechtenstein können am italienischen Selbstanzeigeprogramm (VDP) zu den



Bild: iStock

Das Steuerinformationsabkommen (TIEA) mit Italien inklusive Zusatzprotokoll erleichtert die Regularisierung von un versteuerten Geldern und bietet Rechtssicherheit für italienische Kunden und die liechtensteinischen Finanzintermediäre.

bestmöglichen Bedingungen teilnehmen. Wie die Regierung in ihrer gestrigen Presseaussendung betont, sieht das Zusatzprotokoll die Möglichkeit vor, auf der Basis des geltenden OECD-Standards Ersuchen zu stellen, um Personen zu identifizieren, die nicht am VDP teilgenommen haben und un versteuerte Ver-

ögenswerte verschleiern wollen. Dem kooperativen Verhalten der liechtensteinischen Finanzinstitute bei der Regularisierung ihrer Kunden werde positiv Rechnung getragen. «Damit wird das Risiko der Strafverfolgung von Finanzinstituten und ihren Angestellten reduziert», hält die Regierung fest.

Der Liechtensteinische Bankenverband begrüsst die erzielte Einigung ausdrücklich.

Privilegierte VDP-Teilnahme

«Als besonders begrüssenswert erachten wir, dass italienische Kunden liechtensteinischer Finanzintermediäre dadurch von den bestmöglichen Kondi-

tionen des neuen italienischen Offenlegungsprogrammes für eine allfällige Bereinigung ihrer Steuersituation profitieren können. Ebenso anerkennen wir, dass Liechtenstein mit Inkrafttreten des Abkommens keine Ungleichbehandlungen mehr in Bezug auf die Fondsbesteuerung sowie die Behandlung unter der

italienischen Finanztransaktionssteuer mehr zu gewärtigen hat», schreibt der Bankenverband anerkennend.

Rechtssicherheit gewährt

Die getroffene Vereinbarung bietet nach Ansicht des Bankenverbandes sowohl den Kunden als auch den liechtensteinischen Finanzintermediären Rechts- sowie Planungssicherheit und unterstreicht die Steuerkonformitätsstrategie sowie die Glaubwürdigkeit des von Liechtenstein eingeschlagenen Weges.

Ferner werde damit der Steuerdialog und das Verhältnis zwischen den beiden Ländern generell auf eine neue Ebene gestellt. In diesem Sinn erachtet der Bankenverband das Abkommen «als wichtigen Meilenstein im Verhältnis zu Italien und den italienischen Kunden».

DBA in Aussicht gestellt

Beide Seiten sind laut Pressemitteilung der Regierung ausserdem übereingekommen, dass nach Inkrafttreten des TIEA Verhandlungen über den Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) aufgenommen werden sollen. Diese Einigung zwischen Liechtenstein und Italien stärke die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten und bilde die Basis dafür, diese weiterzuentwickeln.



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer im Gespräch mit Botschafterin Maria-Pia Kothbauer und Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner (linkes Bild v. l.) und beim Treffen mit Bundesjustizminister Wolfgang Brandstetter (rechtes Bild).



Bild: Bundesministerium für Inneres

St. Galler Rheintal: Diebe ermittelt

RHEINTAL. Gegen Ende 2013 wurde im Rheintal eine Häufung von Einbruchdiebstählen festgestellt. Bevorzugte Objekte waren Baustellen, aber auch Verpflegungsautomaten und Feuerwerksverkaufscontainer. Ermittlungen führten dann im Sommer 2014 zur Verhaftung eines 20-jährigen Schweizer. Es konnten 30 Tatbestände geklärt werden. Der Deliktsbetrag beläuft sich auf 58 000 und der angerichtete Sachschaden auf 38 000 Franken.

Ein Motorrad Diebstahl eines 20-Jährigen führte die Kantonspolizei auf dessen Spur. Im Verlaufe der Ermittlungen zeigte es sich, dass der Beschuldigte nicht nur für mehrere Zweiraddiebstähle, sondern auch für verschiedenste andere strafbare Handlungen im Rheintal verantwortlich sein dürfte. Er spezialisierte sich auf Diebstähle ab Baustellen und Einbrüche in deren Magazine. Dort stahl er Handwerkermaschinen verschiedenster Art. Weiter brach er bei vier Autowaschanlagen die Kassen auf. Der dabei angerichtete Sachschaden war um ein Vielfaches höher als der Wert des Kassenninhalts. Bei drei Grossverteilern brach er Container mit gelagertem Feuerwerk auf. Daraus stahl er Waren im Wert von 4000 Franken. Das Feuerwerk benutzte er, um drei Verpflegungsautomaten gewaltsam zu öffnen. Der dadurch angerichtete Sachschaden beläuft sich auf 18 000 Franken. (kaposg)

Gutnachbarschaftliche Abstimmung und Zusammenarbeit

WIEN/VADUZ. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer, Minister für Inneres, Justiz und Wirtschaft, weilte am gestrigen Freitag in Wien.

Anlässlich seines Wien-Besuches führte Regierungschef-Stellvertreter Zwiefelhofer Arbeitsgespräche mit Johanna Mikl-Leitner, Bundesministerin für Inneres, sowie Wolfgang Brandstetter, Bundesminister für Justiz.

Das Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Mikl-Leitner hatte

unter anderem die Flüchtlingspolitik, insbesondere die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen, die europäischen und nationalen Entwicklungen im Bereich der Terrorismusbekämpfung sowie den Stand der Umsetzungsarbeiten zum trilateralen Polizeikooperationsvertrag zum Inhalt.

Reformprozess von Interesse

Mit Bundesminister Wolfgang Brandstetter thematisierte Regierungschef-Stellvertreter ver-

schiedene Reformen im Justizbereich, so beispielsweise der in Österreich gestartete Reformprozess des Strafgesetzbuches. Da das österreichische Strafgesetzbuch die Rezeptionsgrundlage für das liechtensteinische Strafgesetzbuch darstellt, ist für Liechtenstein der Fortgang des Reformprozesses in Österreich von grossem Interesse. Weitere Schwerpunkte des Arbeitsgesprächs bildeten die nationalen Umsetzungsvorschläge zur Umsetzung der FATF-Empfehlun-

gen betreffend die Aufnahme schwerer Steuerdelikte in den Katalog der Vortaten zur Geldwäsche sowie die von Liechtenstein geplante Verkürzung des Instanzenzuges im Strafverfahren, wo die heutige österreichische Regelung ebenfalls als wichtiger Bezugspunkt gilt.

Bereichernder Austausch

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer misst dem Erfahrungsaustausch mit Österreich grosse Bedeutung bei:

«Liechtenstein und Österreich arbeiten in vielen Bereichen eng zusammen. Gerade in den Bereichen der Sicherheit und der Justiz ist eine nachbarschaftliche Abstimmung und Zusammenarbeit äusserst wichtig. Die Arbeitsgespräche auf Ministerienebene sind für Liechtenstein immer sehr hilfreich und bereichernd, und die offenen und konstruktiven Gespräche belegen die engen und freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder.» (ikr)



mühleholzmarkt
zuhause einkaufen.

Valentinstag:

Der Rosenkavalier ist heute zu Besuch!

Lassen Sie sich überraschen!

Samstag
14. Februar

gratis
Rose!
Nur solange Vorrat

www.muehleholzmarkt.li Überdachte Parkplätze im mühleholzmarkt, FL-9490 Vaduz










